

Offener Brief

Klimanotstand in Marburg –

ein dringender Appell der Marburger Klimainitiativen an die Stadtpolitik

Wenn ein Notstand festgestellt und ausgerufen wird, erwarten die Bürger*innen – mit Recht! – sofortiges zielorientiertes Handeln, um diesem Notstand umfassend zu begegnen.

Die Stadt Marburg rief am 28.06.2019 in ihrer Stadtverordnetenversammlung den **Klimanotstand** aus. Vorausgegangen waren zahlreiche weltweite und auch lokale Klima-Demonstrationen der Fridays for Future - Bewegung. Mit ihrer Entscheidung erkannte die Marburger Stadtverordnetenversammlung die menschengemachte Klimakrise als existenzielle Bedrohung für die Artenvielfalt und den Menschen an. Gleichzeitig setzte sie sich ein neues, sehr ambitioniertes Klimaschutzziel: Klimaneutralität bis zum Jahr 2030!

Es entstand der Eindruck und die Hoffnung, dass die Stadt Marburg den Weckruf der jungen Menschen und der Wissenschaft verstanden und aufgegriffen hatte: Aus Verantwortung für die Zukunft der zukünftigen Generationen soll der Schalter in Politik und Verwaltung sofort umgelegt werden und der Klimaschutz oberste Priorität in allen Handlungsfeldern haben.

Dass dies weiterhin notwendig ist und immer drängender wird, zeigen die nahezu täglichen Hiobsbotschaften der weltweiten und regionalen Nachrichten: Dürren und Hitzewellen, Überschwemmungen, Abschmelzen der Polkappen und Gletscher, usw. ...

Was ist aus dem Klimanotstand in Marburg geworden? Welche Aktivitäten wurden seitdem unternommen?

Bürger*innen machten im Herbst 2019 in mehreren großen Veranstaltungen hunderte von Klima-Vorschlägen, die zum Teil in den im Sommer 2020 verabschiedeten, über 130-seitigen Klima-Aktionsplan mit einfließen. Das Amt für Klimaschutz wurde personell aufgestockt. Ein neu eingerichteter Klimabeirat tagte drei Mal online, leider ohne konkrete Ergebnisse. Die GeWoBau erstellte zahlreiche Neubauten, vielfach nach veraltetem KfW-Standard 55 oder 40, und sanierte Bestandsgebäude mit CO₂-Einsparungen von bis zu 90 %. Die Stadtwerke schafften zwei neue Elektrobusse an. Es wurden mehrere Radstreifen auf bestehenden Straßen aufgebracht und die Uferstraße als Fahrradzone ausgewiesen. Mit Move 35 wird seit 2020 ein Mobilitätskonzept erarbeitet, das die gesamte Mobilität in und um Marburg herum überprüft und daraus eine ganzheitliche Strategie für alle Verkehrsarten entwickeln soll. Durch die Teilnahme am Wettbewerb seit 2021 möchte Marburg innerhalb von drei Jahren die Solarenergie-Leistung im Stadtgebiet verdoppeln.

Weitere sinnvolle Projekte wie Nachbarschaftsprojekte, Solarberater*innen, Sanierung von Schulen/öffentlichen Gebäuden etc. könnten noch genannt werden. Aber reicht das?

Unsere Zwischenbilanz nach 3 Jahren: Unklare Ziele, fehlende Gesamtstrategie und mangelhafte Transparenz des Erreichten

Der Quantensprung ist nicht erfolgt! Der Schalter für die Klimawende wurde nicht umgelegt, nicht einmal halbherzig angefasst! Der notwendige Paradigmenwechsel im konkreten Handeln ist nicht erkennbar. In dieser Geschwindigkeit wird das Ziel im Hinblick auf eine Klimaneutralität für Marburg 2030 absehbar weit verfehlt.

1. **Unklare Ziele**

Die Stadt Marburg hat im Klimaaktionsplan versäumt klar zu definieren, was klimaneutral genau heißt. Wie werden die Emissionen erfasst? Warum werden die Bereiche Konsum und Ernährung – in denen laut Umweltbundesamt fast die Hälfte der Treibhausgase der Bundesbürger*innen entstehen – außen vorgelassen?

Im Klima-Aktionsplan 2020 – wie auch im Koalitionsvertrag - fehlen über weite Strecken konkrete Teil- und Zwischenziele zur Erreichung der angestrebten Klimaneutralität. Die im Jahre 2019 ausgestoßene CO₂-Menge wird für Marburg mit ca. 735.000 Tonnen angegeben. (ohne Konsum und Ernährung). Um im Jahre 2030 klimaneutral zu werden, müssten die Treibhausgase jedes Jahr mehr als 10 % reduziert werden, gerechnet an dem Klimabeschluss.

Wir vermissen einen verbindlichen Reduktionspfad für die Minderung der Marburger Treibhausgase. Je weiter die notwendigen Anstrengungen und Maßnahmen in der Zukunft liegen, umso rigorosser müssen sie sein – und umso früher müssen sie eingeleitet werden. Deshalb sind ambitionierte Zwischenziele für die einzelnen Handlungsfelder essenziell!

2. **Fehlende Gesamtstrategie**

Ebenso mangelt es an einem systematischen Vorgehen, einem klaren Strategieplan. Um den erkannten Notstand abzuwenden, wäre es von Anfang wichtig gewesen, umfassend festzustellen, welche Ressourcen benötigt würden (z.B. Personal) und welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, um den Notstand zu beenden. Wir sehen keine konsistente Klimastrategie der Marburger Politik und Verwaltung.

Dazu gehört auch, für alle Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats und sämtliches Handeln der Stadtverwaltung eine Klimabilanz zu erstellen und dies in die Entscheidung zur Umsetzung einzubeziehen (Klimavorbehalt). Welche – positiven oder negativen - Auswirkungen sind jeweils für den Klimaschutz zu erwarten?

3. **Mangelhafte Transparenz**

Im Klimanotstandsbeschluss 2019 wurde ein „Klimaschutz-Controlling“ beschlossen. Es sollte zunächst vierteljährlich, nunmehr jährlich, über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht erstattet werden. Seit dem Klimanotstandsbeschluss sind drei Jahre vergangen – das ist mehr als ein Viertel des Reduktionspfades bis Ende des Jahres 2030. Der letzte, schriftliche Bericht zum Klimaaktionsplan stammt vom April 2022. Allerdings geht aus diesem Bericht nicht hervor, wie weit Marburg auf dem CO₂-Reduktionspfad vorangekommen ist. Kein Wunder. Denn auch drei Jahre nach dem Klimanotstands-Beschluss verfügt Marburg über keine verlässlichen Daten zur Erfassung der CO₂-Emissionen. Die Stadt Marburg kann keine Auskunft darüber geben, wie viel CO₂ in den Jahren 2020 und 2021 ausgestoßen wurden (Antwort auf Anfrage D. Göttling). Die CO₂-Bilanzierung wird bislang nach dem offenbar unbefriedigenden BSKO-Standard durchgeführt. Seit Jahren will die Stadt Marburg ihre eigene Methodik zur CO₂-Messung entwickeln – wie lange sollen wir darauf noch warten?

Ohne eine stetige Analyse und Bewertung der Maßnahmen, anhand von Abgleichen des Erreichten mit konkreten Zwischenzielen – das ist die Aufgabe des „Klimaschutz-Controlling“ - ist die Stadt Marburg im Blindflug unterwegs und ist ein Scheitern des Vorhabens vorprogrammiert.

4. Kompensation

Es bleibt zu befürchten, dass die Stadt Marburg nicht gewillt ist, die städtischen Emissionen konsequent zu senken. Stattdessen plant sie, ab 2030 den Löwenanteil der Emissionen über den Emissionshandel zu kompensieren. Eine derartige Strategie entlarvt sich als untragbare St. Florians-Politik, mit der die Lasten der Bewältigung der Klimakrise unverantwortlich und unsolidarisch auf andere abgewälzt werden, ohne die Möglichkeiten vor Ort auszuschöpfen.

Die Unterzeichner*innen vom Klimabündnis fordern die Marburger Politik auf

- I. **Nehmen Sie den Beschluss zur Klimaneutralität ernst.** Die gewohnte selbstverständliche Nutzung fossiler Energie muss umgehend beendet werden. Die höchste Priorität liegt auf der Energieeinsparung durch rationellen und sparsamen Energieeinsatz in allen Anwendungssektoren - Beispiel energetische Sanierung des Wohnungsbestandes -. Die Hauptlast der zukünftigen Konversion zur Anwendung elektrischer Energie muss durch den forcierten Ausbau der Windkraft und ergänzend der Solarenergie bereitgestellt werden. Diese können nur erfolgreich sein bei gleichzeitiger massiver Durchsetzung aller Reduktionsstrategien.
- II. **Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht.** Seien Sie mutig! Werden Sie Ihrem Anspruch als „Klima-Koalition“ gerecht und werden Sie „Klimapionier“! Nutzen Sie die Gewerbesteuer-Millionen konsequent für den „Weg in die sozial-ökologische Moderne“!
- III. Erstellen Sie einen **transparenten Klimaaktions-Stufenplan!** Formulieren Sie konkrete Ziele, Schwerpunkte und Maßnahmen für die nächsten zwei Jahre und die Zeit danach!
- IV. Werten Sie den Klimaschutz in der Stadtverwaltung auf. Der bisherige Fachdienst sollte auf höherer Ebene als bislang angesiedelt werden, etwa in Form einer „Stabsstelle oder Taskforce Klimaschutz“. Dieses Amt würde **alle** Maßnahmen in der Stadtverwaltung bündeln und steuern. Der neue Dezernent /die neue Dezernentin für Klimastrukturwandel, Bauen und Stadtplanung sollte die Aufgabe „**Stabsstelle Klimaschutz**“ übernehmen.
- V. Binden Sie die **Zivilgesellschaft** umfangreich und nachhaltig(!) in die Umsetzung von Klimaschutz-Maßnahmen ein. Der Rat für die Sozial-ökologische Moderne, Klimarat genannt, sollte nicht nur Maßnahmen bewerten und Empfehlungen aussprechen. Er muss mit den notwendigen Kompetenzen, Finanzen und Befugnissen ausgestattet werden, um wirksam die Klimaschutz-Maßnahmen in der Stadtgesellschaft zu steuern.
- VI. Gehen Sie in die Breite! Schaffen Sie für jeden **Stadtteil** die Stelle eines **Klimaschutz-Managements!** Diese Person kontaktiert, berät, informiert und motiviert die Menschen vor Ort, von Haustür zu Haustür. Auf diese Weise werden viel nachhaltiger als bislang Hürden überwunden, Vorbehalte ausgeräumt, Veränderungen in Gang gesetzt und die Stadtgesellschaft auf dem Weg in die Klimaneutralität mitgenommen.

Unterzeichner:

Attac Gruppe Marburg, BI Verkehrswende, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Fridays for Future Marburg, Greenpeace Marburg, #MakeDamageVisible Marburg, Parents for Future Marburg, Scientists for Future Marburg

Anhang zu Teilbereichen:

- Teilbereich Verkehr:

Im Verkehr hat sich nur ganz wenig verändert. Die Corona bedingten Einschränkungen haben zeitweise mehr bewirkt als alle Maßnahmen des Magistrats.

Der öffentliche Nahverkehr ist weiterhin durch Mangel gekennzeichnet. Die Kapazitäten reichen bei weitem nicht aus, um die Verlagerung vom MIV zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewältigen. Ein 15-min-Takt wird als Minimum angesehen, um Individualverkehr ersetzen zu können.

Die Infrastruktur für den Radverkehr hat praktisch keine Fortschritte gemacht. Mit Farbe markierte Seitenstreifen sind i.d.R. zu schmal und vermitteln ein falsches Sicherheitsgefühl. Bauliche Maßnahmen werden abgelehnt, um dem erwarteten "Durchbruch" nach MoVe 35 keine Hindernisse zu bauen. Der Durchbruch ist allerdings bis kurz vor der Vollendung von MoVe 35 (Sep. 22) nicht ansatzweise erkennbar.

Genauso zäh gestalten sich Versuche, dem MIV Subventionen und Privilegien streitig zu machen. Noch heute betont der Oberbürgermeister die Freiheit, sich für das Auto zu entscheiden, also das Recht, unsere gemeinsame Atemluft zu verschmutzen und andere Verkehrsteilnehmer in Gefahr zu bringen. Noch heute werden Parkhäuser für Pkw saniert oder neu gebaut, ohne die Pkw-Nutzer mit den echten Kosten zu belasten oder an den Bedarf von Radfahrern zu denken. Noch in der Diskussion um die Ziele von MoVe 35 versuchte die Stadt, die Aufnahme von Zielen zu verhindern, die dem Klimanotstand Rechnung tragen würden.

Ein Update zum Klimaaktionsplan, verfasst durch Teilnehmer des Klimaaktionsbündnis, wurde im Juli 2021 an den Fachdienst der Stadt übergeben und um eine offene Diskussion gebeten. Wir warten ...

- Teilbereich Energie:

In Marburg ist die Photovoltaikleistung von 18000 kWp im Jahr 2020 auf 23200 kWp gestiegen. Inzwischen gibt es 1372 Anlagen. In Marburg gibt es aber immer noch mehr als 20000 Häuser, die mit Photovoltaik ausgestattet werden können und so lokal Strom produzieren und nutzen können. Weiteres erhebliches Photovoltaikpotential besteht an Fassaden, Gartenzäunen, Freiflächen und der Stadtautobahn.

- Teilbereich Wärme:

Nah- und Fernwärme werden in Marburg mit Erdgas betrieben. Irrtümlich halten die Verantwortlichen es für einen Fortschritt, mit 40 Jahre alter Technik damit gleichzeitig ein wenig Strom zu erzeugen. Es gibt immer noch kein Wärmekonzept, das regenerative Energien als Primärquelle nutzt, wie z.B. Geothermische Quellen.

- **Teilbereiche: Konsum/Ernährung/Landwirtschaft:**

Die in diesen Bereichen entstehenden Treibhausgase entstehen größtenteils außerhalb der Stadt. Dennoch werden sie von Marburger*innen verursacht. Deshalb muss die Marburger Politik den Aktionsplan um diese Handlungsfelder ergänzen, auch wenn die genaue Abschätzung des CO₂-Umfangs schwierig ist. Notwendig sind breite Aufklärungskampagnen und die Förderung des Ernährungsrates Marburg und Umgebung.

- **Teilbereich Wasser:**

Im noch gültigen Regionalplan 2010 für den Regierungsbezirk Gießen ist auf S. 138 folgender Grundsatz verankert: „Trinkwasser soll sparsam genutzt werden und möglichst nur für Zwecke verwendet werden, bei denen der Trinkwasser-Qualitätsanspruch erforderlich ist“ Dieser Grundsatz wird missachtet

a) bei der Bewässerung des mindestens 15 Hektar großen Ockershäuser Friedhofes und vergleichbaren Flächen öffentlichen Grüns

b) bei sämtlichen bis zu 7 Bebauungsplänen, die seit dem Klimanotstandsbeschluss auf den Weg gebracht worden sind. In keinem dieser Pläne ist die Implementierung von Brauchwassersystemen verbindlich verankert worden, mit denen eine Trinkwassereinsparung in der Größenordnung 30% des häuslichen Trinkwasserverbrauchs erzielt wird.

c) das Wasserband Ketzlerbach ist als aus der Zeit gefallene missbräuchliche Trinkwasserverschwendung durch eine gebotene Klimaanpassungsmaßnahme stillzuliegen.

Die begonnene Erschließung neuer Grundwasservorräte im Amöneburger Becken durch die Stadtwerke Marburg ist Ausdruck einer völlig verfehlten Angebots- und Ausbeutungspolitik, für die es keinen Bedarfsnachweis gibt.

Die Gültigkeit der erteilten Wasserrechte reicht in die kommenden 30 Jahre und damit in eine Epoche, für die die Regionalplanung 2021 und das Statistische Landesamt in Wiesbaden einen Rückgang der Bevölkerung im Versorgungsgebiet des ZMW prognostizieren.

-**Teilbereich Flächenverbrauch**

Der Regionalplanentwurf 2021 sieht eine erschreckende Fortsetzung neuer Flächenversiegelung in der freien Landschaft vor. Wiederholt von OB Dr. Spies artikuliertes Ziel ist die Ausweisung neuer Bauflächen für junge Familien, denen attraktive Angebote gemacht werden sollen, ihre ländlichen Gemeinden zu verlassen und damit deren Niedergang zu befördern/in Kauf zu nehmen.

Im Rahmen dieser Siedlungsstrategie schreckt die Stadt Marburg und ihre „klimabewusste“ Parlamentsmehrheit auch nicht davor zurück, essenzielle Flächen mit höchster Qualifizierung von Klimafunktionen für die besiedelte Kernstadt dem Wachstums-Fetisch zu opfern. Damit primär adressiert sind die Bebauung des Hasenkopf, des Oberen Rotenberg und von Flächen

im geplanten Abschnitt III Görzhäuser Hof. Elementare Grundsätze einer klimakonformen Siedlungspolitik werden bedenkenlos über Bord geworfen.

In der Gesamtbilanz sind im Fortschreibungsentwurf des Regionalplans 2021 etwa 200 Hektar Neuversiegelungsfläche für die Stadt Marburg vorgesehen, dies entspricht einer Fläche von 266 Fußballfeldern.

- ***Teilbereich: Bestandssanierung alter Gebäudesubstanz***

Eine der größten Herausforderungen für den nachhaltigen Klimaschutz in Marburg wird bisher nicht systematisch angegangen: Die energetische Sanierung des vorhandenen Wohnbaubestandes und hier speziell im Bereich denkmalgeschützter Gebäudestrukturen. Das von der Stadtpolitik ausgestreute Narrativ, hier könne man aus Gründen des Denkmalschutzes „leider nichts machen“, ist grundlegend falsch. Die Stadt selbst hat zu dieser Frage ein Gutachten in Auftrag gegeben, das in 2016 abgeschlossen wurde: “Abschlussbericht Integriertes Quartierskonzept Nordstadt“, Ersteller IfaS. Hochschule Trier

Zentrale Aussagen aus dem Gutachten sind:

1. Die Themen Energieeinsparung und -effizienz sind zentrale Ansatzpunkte, da diese Potenziale ohne weiteren Energieträgerbedarf zu realisieren sind und langfristig große regionale Wertschöpfungseffekte bewirken. Es gilt bei der Priorisierung von Klimaschutzmaßnahmen grundsätzlich immer zunächst den Energiebedarf zu reduzieren, bevor eine Umstellung der Energieversorgungsstrukturen auf den optimierten Bedarf hin erfolgt.
2. Unter Einsatz ökologischer Baustoffe können Maßnahmen der Innendämmung durchgeführt werden, die den Heizwärmebedarf reduzieren auf Kennwerte eines Niedrighaus-Energiestandards (70 kwh/a/qm). Dokumentiert ist eine in Privatinitiative unter Begleitung des Denkmalschutzes erfolgte Sanierung, bei der ein Heizwärmebedarf von über 200 auf den vorgenannten 70 kwh-Wert reduziert wurde, dokumentiert durch Energiepässe vor und nach der Sanierung.

Es sind keinerlei Impulse aus der Stadtpolitik erkennbar zur Umsetzung des von ihr selbst in Auftrag gegebenen Gutachtens.